

Geschäftsstelle

Entfelderstrasse 11
5001 Aarau
Telefon 062 837 18 18
Telefax 062 837 18 19
E-Mail: info@aihk.ch
www.aihk.ch



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

wirksam unternehmen

M I T T E I L U N G E N

Präsidentiansprache vom 8. Mai 2008



von Daniel Knecht, Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, gehalten an der 33. ordentlichen Generalversammlung der AIHK in Wettingen

GV AIHK VOM
8. MAI 2008

Erfreuliche Wirtschaftslage 2007

Das vergangene Jahr verlief für die schweizerische und insbesondere auch für die aargauische Wirtschaft sehr erfreulich. Das Bruttoinlandprodukt der Schweiz wuchs nach den Zahlen des SECO real um 3,1 %, dies insbesondere noch nach einem regelrechten Endspurt im letzten Quartal (mit einem Wachstum von über 6 %!) des vergangenen Jahres. Trotz der Krise an den Finanzmärkten zeigte sich die vor allem vom Export angetriebene Wirtschaft bislang erstaunlich robust und trotz Dollarverfalls bislang sehr konkurrenzfähig.

Die Konjunktur im von der Industrie geprägten Aargau war deshalb 2007 in voller Fahrt. Die in der Wirtschaftsumfrage der Aargauischen Industrie- und Handelskammer aufgrund von 633 Meldungen (Rücklaufquote rund 50 %) erhobenen Indikatoren stützen dieses Bild. Aufgrund der starken weltweiten Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern konnten gute Auslastungen vermeldet werden. Der Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten belief sich auf rekordhohe 91 %. Im Gefolge davon profitierten auch die Handelsaktivitäten und Dienstleistungsbereiche. Alle Sektoren konnten ihre Umsätze deutlich steigern.

Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung ist im Aargau deutlich gestiegen; dadurch konnte die Arbeitslosenquote von 2,7 % auf 2,3 % gesenkt werden. Besonders erfreulich ist die Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Unsere Wirtschaft konnte ihr Lehrstellenangebot gegenüber dem Vorjahr steigern. Die Aargauer Betriebe bieten mittlerweile 15 000 Arbeitsplätze für Lernende. Die von der AIHK mitinitiierte Aktion «Vitamin L» hat hier Früchte getragen. Nicht der Verband hat aber die Lehrstellen geschaffen, sondern Sie alle hier in diesem Saal. Dafür danke ich Ihnen im Namen der jungen Menschen herzlich. Im Gefolge dieser guten Arbeitslage stiegen auch die Löhne, die wiederum die Kaufkraft, den Konsum und damit unsere Binnenwirtschaft stützen. Nachteilig wirkt sich dagegen der spürbare Fachkräftemangel aus.

IN DIESER NUMMER

Präsidentiansprache vom 8. Mai 2008	41
Vorstand der AIHK 2008 – 2012	46
Freie Radikale im Bundesamt für Gesundheit?	47
Termin der Generalversammlung der AIHK 2009	48

Wolken am Horizont für 2008

Die Aussichten für dieses, insbesondere aber für das nächste Jahr, beurteilen die Kammer und auch ich dagegen als schwieriger. Noch selten präsentierten sich die Fakten der Wirtschaftslage derart divergierend. Während sich auf der einen Seite die Realwirtschaft in unserem Land nach wie vor erfreulich entwickelt, tobt an den Finanzmärkten ein Sturm. Stellen Sie sich einen Piloten im Cockpit vor, der aus dem linken Fenster hinaus strahlend blauen Himmel – die Realwirtschaft – wahrnimmt, während durch das rechte hindurch dickster Nebel die Sicht verhindert und heftigste Gewitter (die Finanzmärkte) toben. Welchem Sinneseindruck soll er – oder sollen Sie in Ihrem Betrieb – nun trauen? Vorsicht ist jedenfalls angezeigt.

Es ist unwahrscheinlich, dass diese Ereignisse nicht auch auf unser Land durchschlagen werden. Der schwache Dollar und der schwächer gewordene Euro werden unsere Exporte behindern. Die bereits eingetretene Kreditverknappung durch tiefere Belehnungsgrenzen und höhere Zinsen werden eine Bremswirkung entfalten.

Lehren aus der Finanzkrise ziehen

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einige persönliche Gedanken zur anhaltenden Finanzkrise. Ich tue dies nicht als unternehmerischer Feldprediger, sondern weil ich davon ausgehe, dass Sie meine Meinung und Wertung dazu erwarten und kennen lernen wollen. Auch wenn wir uns im Moment an die schlechten Nachrichten gewöhnt haben und es den Anschein macht, dass das Schlimmste vorbei ist: Ursache und Umfang der Krise, wie wir sie kennen, und wie sie die Flaggschiffe der heimischen Finanzindustrie getroffen haben, müssen uns zutiefst beunruhigen.

Verantwortlich waren für einmal keine Naturkatastrophen, Kriege oder Terrorangriffe. Es waren hausgemachte Probleme eines Wirtschaftszweiges, unter anderem falsche Anreize und fehlende Kontrollmechanismen.

Die Ursachen und Mechanismen sind weder neu noch unbekannt: Es handelt sich um ein Problem, das wir aus der Industrie, selbst aus dem Bau gut kennen: Herstellung von Produkten (in diesem Fall Anleihen), für die der Markt wegbricht, auf Halde. Interne Subventionierung dieser Produkte durch falsche, nämlich zu tiefe Transferpreise (in diesem Fall Kapitalkosten), gepaart mit falschen Anreizsystemen für die verantwortlichen Mitarbeiter. Aussergewöhnlich

ist allerdings das Ausmass der allein bei unseren beiden international tätigen Grossbanken anfallenden Schäden.

Für die mittlerweile bereits abgeschriebenen 50 Mrd. Franken könnten wir locker zweimal die NEAT bauen und einige Jahre den absehbar defizitären Betrieb aufrechterhalten. Wir könnten aber auch die Rechnung sämtlicher in der Schweiz erstellten Bauwerke und Infrastrukturen eines Jahres und noch einen Teil der Betriebskosten damit tilgen oder 2,5 Jahre lang auf Kosten dieser Firmen das schweizerische Gastgewerbe berücksichtigen. Sogar zehn Jahre lang völlige Steuerfreiheit für Kantonssteuern im Kanton Aargau und Verzicht auf Transferzahlungen vom Bund lägen drin!

Ich frage mich, ob diese Katastrophe nicht als ein Warnruf verstanden werden und uns zur Erkenntnis führen muss, dass unser Land als mithaftende Heimbasis für die grossen Geschäfte im Investmentbanking zu klein ist. Nicht vergebens verlangten die USA im Gefolge an den Bankenkrach von 1929 im Glass-Steagall Act die Trennung der Geschäftsbanken von den Investmentbanken, was fatalerweise 1999 wieder aufgehoben wurde.

Fluten die Notenbanken als Finanzfeuerwehr das Geldsystem, so wird der Preis früher oder später durch einen Inflationsschub von uns allen zu tragen sein. Zudem fördern die wiederkehrenden, an sich begrifflichen Rettungsmassnahmen den «Moral Hazard» innerhalb dieser Branche.

Sie können sich vorstellen, dass diese Probleme und die damit verbundenen Gehaltsexzesse die Glaubwürdigkeit von uns Wirtschaftsvertretern nicht gefördert haben. Mehr Kontrolle und Eigenverantwortung durch uns ist notwendig, aber auch möglich. Die Pensionskassen unserer Betriebe besitzen bedeutende Anteile an diesen Unternehmen, und hier kann und muss Einfluss genommen werden. Der Staat wird eingreifen, die Frage ist nur noch wie stark. Wir möchten es in unserem Sinne bei möglichst wenigen Eingriffen belassen. Eine starke Finanzindustrie ist in unserem ureigensten Interesse und eine der herausragenden Stärken des Dienstleistungs- und Industriestandortes Schweiz. Ich bin zuversichtlich, dass sich die Lage verbessert und gemeistert werden wird.

Schweizerische Politik

Verlassen wir dieses Thema mit dem Vorsatz und der Hoffnung, es selber in unserem Umfeld besser

zu machen und wenden uns der schweizerischen Politik zu. Weltweit sind nicht Arbeitskräfte knapp, sondern gut bezahlte Arbeitsplätze. Wenn klar ist, dass die Menschen zu den Arbeitsplätzen gehen und eben nicht die Arbeitsplätze zu den Menschen, dann wissen wir, dass wir weiter auf allen Stufen an den verbesserten Standortbedingungen für unsere Betriebe arbeiten müssen. Neben guten Infrastrukturen, ausreichender und eigenständiger Energieversorgung (und dazu gehört auch die Atomkraft) und Rechtsicherheit gehören da eben auch die finanziellen Rahmenbedingungen dazu. Besonders die neuen Volkswirtschaften im Osten setzen neue Massstäbe als Firmenstandorte und erhöhen den Konkurrenzdruck. Glücklicherweise verfügen sie noch nicht über die entsprechenden weiteren Infrastrukturen, aber sie arbeiten daran und holen schnell auf.

Das für uns wichtigste Ereignis seit der letzten GV ist zweifellos die gewonnene Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform II. Der für mich, auch wegen der vorgehenden Ausführungen, nicht überraschende Zittersieg bringt die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung und macht damit unser Land als Standort attraktiver. Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen: Das Ziel, eine weitere Entlastung der Unternehmen mit einer Unternehmenssteuerreform III zu erreichen, ist aufgrund des Abstimmungsergebnisses schwieriger erreichbar geworden. Im Verlauf der Abstimmungskampagne hatte ich drei Auftritte und stellte fest, dass ich auch bei unseren politischen Gegnern mit einem Argument Erfolg hatte: Auch unsere politische Gegnerschaft erkennt, dass eine Betätigung als risikotragender Unternehmer gefördert werden muss, imagemässig, aber natürlich auch über finanzielle Anreize. Dies nicht aus Liebe, sondern aus Einsicht in die aufgrund der demografischen Entwicklung anstehenden Generationen- und Besitzerwechsel im Rückgrat unserer Volkswirtschaft, den KMU. Fallieren diese Wechsel, so wird enormes Spezialwissen und werden damit Arbeitsplätze verloren gehen. Hier muss angesetzt und diese Erkenntnis umgemünzt werden, zum Wohl unserer Betriebe mit ihren Mitarbeitenden und zum Wohl unseres Landes.

An der «Aussenfront» braucht es eine Stabilisierung unseres Verhältnisses mit Deutschland und der EU. Wer die Auftritte von Ministerpräsident Günther Oettinger letzthin in Zürich und soeben von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Bern mitverfolgt hat, bemerkt, dass beide in der Form konzilient waren, sich in der Sache aber wenig bewegten. Der Verhandlungston ist härter geworden. Ebenso wenig wie wir die Angriffe auf das Bankkundengeheimnis und den Steuer-

streit dulden dürfen und können, können wir von der EU verlangen, Bürger zweier Klassen zu schaffen. Die erweiterte Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien liegt auch in unserem eigenen Interesse. Wir brauchen den erweiterten Wirtschaftsraum. Wir brauchen aber auch einen fairen Umgang und wir müssen die Zukunft der bilateralen Verträge sichern. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen. Wir – wie auch unsere europäischen Partner – können nicht nur fordern, wir müssen auch geben.

Lassen Sie mich noch eine Randbemerkung machen: Wenn ich vorher die Rechtssicherheit erwähnte, dann vor dem Hintergrund neuester Entwicklungen in Bern. Aufgrund der neuen eidgenössischen Zivilprozessordnung sollen künftig auch bei Wirtschaftsstreitigkeiten stets drei Gerichtsstufen, zwei davon kantonal, zur Verfügung stehen. Dies würde zur faktischen Abschaffung der verhältnismässig schnellen und kostengünstigen Handelsgerichte führen. Die AIHK, auf deren Initiative dieses Gericht im Aargau mit seinen Fachrichtern zurückgeht, widersetzt sich diesen Absichten und engagiert sich entsprechend.

Kantonale Politik

Wenden wir uns der aargauischen Politik zu, die wir – so hoffen wir doch – noch stärker beeinflussen können. Die AIHK ist erfreut, dass die Standortförderung und damit die Wirtschaft insgesamt zu einem Thema wird, das unsere Staatsdiener dazu anhält, neben den Belangen der verschiedensten Interessengruppen auch jene der Wirtschaft zur Kenntnis zu nehmen. Die Wirtschaft finanziert all dies nämlich! Wir glauben aber nicht an die Allmacht des Staates. Insbesondere glauben wir nicht an die höhere Weisheit des Staates, zu wissen, wo in Zukunft die besten Erträge zu generieren sind. An dieser Frage studieren wir uns alle unter der Zwangsfuchtel des Marktes jeden Tag den Kopf aus. Wir widersetzen uns demzufolge der Förderung einzelner Branchen und Firmen und sind gegen die Bereitstellung des «interventionistischen Werkzeugkastens». Sie alle wissen: Es ist einfacher, einen bestehenden Kunden zu behalten als einen neuen zu gewinnen. An erster Stelle hat also die Bestandespflege bei den bisherigen Firmen zu stehen.

Leider entwickelt sich das Volkseinkommen unseres Kantons pro Kopf unter dem schweizerischen Durchschnitt. Dies hat mit der Industrielastigkeit unseres Kantones zu tun. Wertschöpfungsintensive Dienstleistungsbetriebe fehlen. Wir führen dies auf den Mangel eines oder zweier klarer Zentren im Kanton

zurück, die solchen Betrieben ein adäquates Umfeld anbieten könnten. Die Handelskammer verfolgt deshalb die Diskussion zur Gemeinde- und Gebietsreform mit Sympathie und unterstützt das Anliegen der Zentrenbildung.

Bereits bei den nationalen Herausforderungen habe ich auf die Wichtigkeit der moderaten Steuerbelastung von Unternehmungen hingewiesen. Gerne gratuliere ich der Aargauischen Regierung zur haushälterischen Finanzpolitik und dem jüngsten Rechnungsabschluss. Es war auch etwas einfacher als auch schon, liessen doch die guten Firmenergebnisse die Steuereinnahmen munter sprudeln. Im dynamischen Umfeld bedeutet aber auch hier Stillstand Rückschritt. Deshalb ruft die Handelskammer die Regierung auf, einen alten Zopf abzuschneiden. Wir fordern, den – zur Erhaltung unzweckmässiger Strukturen erhobenen – Steuerzuschlag auf Kapital- und Gewinnsteuern von 15 % zur Äufnung des Finanzausgleichsfonds abzuschaffen und damit rund 50 Mio. Franken in unseren Betrieben zu belassen. Die AIHK predigt dabei nicht nur Wasser und trinkt selber Wein, sondern tritt selber mit einem GV-Traktandum zur Senkung des Mitgliederbeitrages zum Tatbeweis an! Gerne hören wir mehr über dieses Thema!

Die schwierige Revision des neuen Baugesetzes hat die Handelskammer zu verschiedenen Interventionen veranlasst, die zu wesentlichen Verbesserungen geführt haben. Dabei fordert die Handelskammer, dass die Funktionsfähigkeit unserer Infrastrukturen und der Verkehrsträger gewährleistet sein muss und trägt die entsprechenden Punkte mit. Die gerne lächerlich gemachte oder verniedlichte Parkplatzfrage stellt sich aber auch bei uns als wichtig heraus. (Die HK beider Basel macht im Moment in dieser Angelegenheit sogar eine Initiative.) Das Alltägliche ist eben wichtig! Die AIHK hat dazu eine Umfrage durchgeführt. Über 42 % der von uns angeschriebenen 1400 Mitgliedfirmen haben den entsprechenden Fragebogen beantwortet. Würde eine Pflicht zu mehrgeschossig zu erstellenden Parkierungsanlagen ab 50 Parkplätzen stipuliert, so wären 30 % der Antwortenden davon betroffen! Ich danke allen, die zu diesen harten Fakten beigetragen haben und den Fragebogen ausfüllten.

Mit gemischten Gefühlen begleitet die Handelskammer die Vorlagen des «Bildungskleeblattes», das die Modernisierung des aargauischen Schulsystems zum Ziel hat. Wir teilen dabei die Ansicht, dass Handlungsbedarf besteht. Trat die Reform aber ursprünglich an mit dem Ziel, die Zeit zur Maturität um ein Jahr zu verkürzen und die Schulstufen und Inhalte interkan-

tonal zu harmonisieren, nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass beide Ziele nicht erreicht sind. Im Gegenteil, sogar die Strukturen divergieren im Moment noch weiter! Sicher ist, dass das neue Modell so oder so massive Mehrkosten pro Schüler verursachen wird. Die Einheitlichkeit der Volksschule wird als Mobilitätshindernis für junge Arbeitnehmende mit ihren Familien unterschätzt. Welche Mutter will mit ihrem Mann in die Nähe des neuen Betriebes umziehen, wenn sie riskieren muss, dass ihre Kinder in der Schule den Anschluss verlieren? Der schulische Föderalismus mit 26 verschiedenen Schulsystemen in der Schweiz hat sich überlebt und entwickelt sich zunehmend zum nationalen Ärgernis. Es kann ja auch nicht sein, dass jeder Stadtbezirk des Grossraums Berlin sein eigenes Schulsystem betreibt! Kann zumindest nun in der Nordwestschweiz eine einheitliche Lösung in Struktur und Inhalt gefunden werden, so würde die Handelskammer dies aber im Interesse der Vereinheitlichung mittragen.

Zur Zukunft der Verbände

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch einige Überlegungen zur Rolle und der Bedeutung der Verbände und zu meinen ersten Erfahrungen als Präsident der AIHK.

Verbände wie die AIHK sind nach meiner Überzeugung auch in Zukunft wichtig. Sie bündeln die Interessen der Unternehmen und nehmen sie gegenüber der Politik wahr, sie vernetzen die angeschlossenen Betriebe und erbringen ihnen kostengünstige Dienstleistungen. In der Öffentlichkeit schaffen sie Verständnis für wirtschaftliche Fragen. Wer würde das – insbesondere für KMU – sonst tun?

Nach wie vor zutreffend ist aber ebenso auch, dass Verbände das persönliche Engagement einer und eines jeden von uns in Staat und Gesellschaft nicht zu ersetzen vermögen. Bürgerpflichten lassen sich nämlich nur begrenzt outsourcen.

Verbände stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen!

Die Globalisierung und die Macht der Märkte begrenzen nicht nur den Handlungsspielraum der Politik. Sie setzen auch die traditionellen Verbände – seien es Wirtschaftsverbände oder zum Beispiel auch die Gewerkschaften – als Interessenvertreter unter Druck. Fehlt es an der Bereitschaft zur Mitgliedschaft und zur Mitarbeit, riskieren sie einen Bedeutungsverlust, wie man dies in anderen Verbänden bereits

beobachten muss. Die AIHK hat dieses Problem erfreulicherweise nicht, die Zahl der Mitglieder steigt nach wie vor. Die Interessentenliste für Vorstandssitze bleibt auch nach den heutigen Wahlen gefüllt.

Wenn bislang ein Teil der Verbände als einzige Funktion eine institutionalisierte Interessenvertretung als Gegengewicht zur Verwaltung und gegenüber weiteren Anspruchsgruppen des Staates betrieben hat, so wird dies künftig nicht mehr genügen. Zunehmend werden uns die Spielregeln vom Markt und der Konkurrenz aufgezwungen, wollen wir denn die Vorteile der Marktwirtschaft auch ernten und uns nicht abkapseln. Unter Zwang muss man sich also anpassen und die Spielregeln dann nachvollziehen.

Die Lösung für diese Herausforderung liegt darin, dass sich Verbände vermehrt zu Dienstleistern entwickeln, die marktgängige Produkte an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft anbieten können. Die können und dürfen durchaus auch einen Preis haben. Neben der Interessenwahrung gegenüber Politik und allfälligen Partnern und Gegnern muss ein Mehrwert angeboten werden. Das können Beratungsmöglichkeiten, aber zum Beispiel auch Networkingplattformen sein. Die AIHK ist seit Jahren auf diesen Feldern tätig und wird ihre entsprechenden Aktivitäten weiter verstärken. Zudem eröffnet uns gerade die Globalisierung neue Möglichkeiten, unsere institutionalisierten Netzwerke mit Partnerorganisationen unseren Mitgliedern international zugänglich zu machen.

Ebenso vermag ein Verband wie die AIHK glaubwürdige Trägerschaft für vermittelnde Tätigkeiten zu sein. Dies könnte ein Schiedsgericht sein, wie es andernorts angeboten wird. Ein spezielles, schon existierendes Beispiel ist unsere Kontaktstelle FITT (Forschung Innovation Technologietransfer), welche unseren Mitgliedern den Zugang zur FHNW und anderen Hochschulen erleichtert. Seit der Gründung vor 25 Jahren haben wir in dieses Projekt zum Nutzen unserer Betriebe eine Million Franken investiert und damit einiges in Bewegung setzen können!

Eine Chance bietet sich unserem Verband auch bei der Anbahnung besserer Kontakte zu unseren direkt

umliegenden Wirtschaftsgebieten an. Ich stelle fest, dass unsere Nachbarn, die süddeutschen Unternehmer, viel besser über die Verhältnisse in der Schweiz orientiert sind und sich dafür interessieren, als wir Schweizer über die Situation in Süddeutschland. Das müssen wir ändern, denn eigentlich sind wir ein natürlicher gemeinsamer Wirtschaftsraum und sollten unsere Chancen international vermehrt bündeln.

Ich freue mich, seit einem Jahr Ihr Präsident zu sein. Ich bin erfreut über die Vielfalt, die Tatkraft und die Robustheit der aargauischen Wirtschaft sowie der AIHK. Wir werden diese Eigenschaften in kommenden härteren Zeiten – wohl schneller als erwünscht – unter Beweis zu stellen haben.

Dank

Ich durfte in diesem Jahr gute Kontakte zu unseren Partnern in der Politik, zu Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen pflegen. Ich habe den Eindruck bekommen, dass nicht nur für die jeweiligen Partikularinteressen gekämpft wird, sondern dass auch das Gesamtwohl – auch wenn darunter nicht immer das Gleiche verstanden wird – mitberücksichtigt wird. Vernünftigen Argumenten gegenüber ist man zugänglich. Die AIHK wird aufgrund ihrer Grösse, ihres Organisationsgrades aber auch ihrer Glaubwürdigkeit und unseren intakten Finanzen wegen sehr ernst genommen und ist ein begehrter Ansprechpartner.

Unseren Mitarbeitenden unter Führung von Peter Lüscher danke ich dafür und für die umsichtige Führung des Tagesgeschäftes.

Besonders danke ich aber meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand, die einen Teil ihrer knapp bemessenen Zeit entweder ihren Firmen, ihren Familien oder der eigenen Freizeit «abstehlen», um für unsere gemeinsamen Interessen einzustehen.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit und – insbesondere den anwesenden Politikerinnen und Politikern – für die Unterstützung unserer Anliegen.

Vorstand der AIHK 2008 – 2012

KAMMER- VORSTAND

Die Generalversammlung (GV) führte am 8. Mai 2008 die Gesamterneuerungswahl des Vorstandes der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) für die Amtsperiode 2008 – 2012 (von GV zu GV) durch. Ausserdem wurde Daniel Knecht für eine weitere Amtsperiode als Präsident der AIHK gewählt. Wahlorgan der Vizepräsidenten ist der Kammervorstand (Sitzung vom 14. August 2008). Die folgende Liste gibt Auskunft über die Zusammensetzung des Vorstandes der AIHK 2008 – 2012.

Daniel Knecht, Präsident

Geschäftsführer der Knecht Bau AG, Brugg

Otto H. Suhner, Vizepräsident

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Suhner Holding AG, Brugg

Veith Lehner, Vizepräsident

Mitglied der Geschäftsleitung der Max Lehner & Co AG, Gränichen

Robert Aeschbach

Vorsitzender der Geschäftsleitung der Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen

Dr. Hans-Jörg Bertschi

Präsident des Verwaltungsrates der Bertschi AG, Dürrenäsch

Rolf Borer

Geschäftsführer der Franke Küchentechnik AG, Aarburg

Markus Brandenberger

CFO der ALSTOM (Schweiz) AG, Baden

Hans Bürge

Geschäftsführer der büрге-fischer ag, Safenwil

Dr. Bruno Covelli

Geschäftsleiter und Delegierter des Verwaltungsrates der Tecova AG, Wohlen

Erich Erne

Präsident des Verwaltungsrates der ERNE Holding AG, Laufenburg

Richard Gassmann

Geschäftsleiter der Mineralquelle Zurzach AG, Bad Zurzach

Peter A. Gehler

Mitglied der Geschäftsleitung der Siegfried Holding AG, Zofingen

Willi Glaeser

Präsident des Verwaltungsrates der Wogg AG, Dättwil

Dr. Udo Haas

Leiter Improve Manufacturing and Technology der DSM Nutritional Products AG, Kaiseraugst

Silvia Huber

Geschäftsführerin der Vivosan AG, Lengnau

Thomas Huber

Präsident des Verwaltungsrates und Geschäftsführer der Huber & Co AG, Bandfabrik, Oberkulm

Dr. Marianne Klöti

Partnerin der Ziswyler Klöti Becker Rechtsanwälte, Lenzburg

Christian Kuoni

Delegierter des Verwaltungsrates und CEO der Jakob Müller Holding AG, Frick

Jörg Leimgruber

Präsident des Verwaltungsrates der Alesa AG, Seengen

Renato Merz

Leiter Personal und Consulting Schweiz der ABB Schweiz AG, Baden

Stéphane Meyer

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Lagerhäuser Aarau, Aarau

Josef Nietlispach

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Profipress AG, Muri

Jürg Ritz

Vorsitzender der Geschäftsleitung der Hypothekbank Lenzburg, Lenzburg

Rolf G. Schmid

CEO der MAMMUT SPORTS GROUP AG, Seon

Martin Schoop

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schoop + Co AG, Baden

Martin Steiger

Geschäftsleiter der Energiedienst Holding AG, Laufenburg

Peter Stieger

CFO der Trüb AG, Aarau

Rudolf Vogt

Mitglied der Geschäftsleitung der BDO Visura, Aarau

Hans Rudolf Wyss

Präsident des Verwaltungsrates der Jäggi AG Brugg, Brugg

Dr. Armin Zimmermann

Mitglied der Geschäftsleitung der ELRO-WERKE AG, Bremgarten

Freie Radikale im Bundesamt für Gesundheit?

Reto Barbarits, juristischer Mitarbeiter AIHK, Aarau



Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) macht in letzter Zeit vermehrt von sich reden. Mit den beiden Nationalen Aktionsprogrammen «Alkohol» und «Tabak» soll die Gesundheitsstrategie in Bezug auf diese beiden Genussmittel festgelegt werden. Neben klassischer Prävention plant man dabei vermehrt auch mittels neuer Gesetze und Vorschriften dem Bürger vorzuschreiben, was gut für ihn ist und was nicht. Dagegen regt sich Widerstand.

GESUNDHEITS-
POLITIK

Einleitung

Das Bundesamt für Gesundheit hat gemäss eigener Darstellung die Förderung der Gesundheit der in der Schweiz lebenden Menschen zum Ziel. Es will «einerseits die einzelnen befähigen, ihre Verantwortung für die eigene Gesundheit wahrzunehmen; andererseits will es, dass Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsschutz sowie Heilung und Linderung von Krankheiten und Unfällen ganzheitlich und konsistent im Hinblick auf den grösstmöglichen Gesundheitsgewinn für alle realisiert werden».

Ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sind die Nationalen Aktionsprogramme «Alkohol» und «Tabak». Während die Grundstossrichtung beider Programme in Bezug auf Prävention und Gesundheitsschutz sinnvoll ist, sorgt die konkrete Umsetzung zunehmend für Unmut. Nicht nur die vorgeschlagenen Massnahmen, sondern auch die Art und Weise, wie das BAG im politischen Meinungsbildungsprozess auftritt, verärgern verschiedene betroffene Gruppen zunehmend.

Aktionsprogramm Alkohol

Das Aktionsprogramm Alkohol sieht neben allgemeinen Präventionsmassnahmen auch einen Strauss von Massnahmen vor, die teilweise in die Grundrechte eingreifen. Neben Verkaufsverboten sind vor allem einschränkende Massnahmen in der Werbung und im Sponsoring problematisch in Bezug auf die verfassungsmässig garantierte Wirtschaftsfreiheit. Neben diesen umstrittenen Eingriffen entbehren die Vorschläge teilweise auch nicht einer gewissen ungewollten Komik. Zum Beispiel soll nach dem Willen des BAG alkoholfreies Bier zukünftig ein anderes äusseres Erscheinungsbild aufweisen als alkoholhaltiges Bier. Der Konsument – so könnte man diese Massnahme interpretieren – ist offenbar nicht mehr in der Lage, diese Unterscheidung selber vorzunehmen. Oder denkt man gar daran, dass sich zum Beispiel durch ein attraktives Design einer Bierbüchse der eine oder andere zum Umsteigen auf alkoholfreies Bier bewegen lässt?

Aktionsprogramm Tabak

Kaum ist der grösste Ärger über das Aktionsprogramm «Alkohol» verfliegen, eröffnet das BAG im April dieses Jahres die Anhörung zum Aktionsprogramm «Tabak».

Vergleicht man das Aktionsprogramm «Tabak» mit demjenigen zum Thema Alkohol, so finden sich naturgemäss zahlreiche, deckungsgleiche Massnahmen, was nicht weiter verwunderlich ist und durchaus Sinn macht.

Bedenklich ist allerdings die Kontinuität im Bereich «Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit». Wiederum soll mittels Werbeverbots dem Tabakmissbrauch zu Leibe gerückt werden. Darüber hinaus plant man allerdings auch den gesamten «acquis communautaire» der EU – zu Deutsch die gesamte EU-Gesetzgebung im Bereich Tabak – in die Schweizer Gesetzgebung zu übernehmen.

Diese Massnahme ist aus zweierlei Gründen klar abzulehnen. Zum einen sind die wirtschaftlichen Kosten, die mit der Übernahme der EU-Gesetzgebung für die Schweizer Wirtschaft entstehen gross (Stichwort: mehr Regulierung). Zum anderen ist zumindest zum heutigen Zeitpunkt fraglich, ob die EU im Bereich «Tabakprävention» wirklich der Gradmesser ist: Noch heute subventioniert die EU die Tabakbauern auf dem Gebiet der Europäischen Union, obwohl sie gleichzeitig den Tabakkonsum mit zahlreichen rigiden Massnahmen bekämpft. Glaubwürdigkeit – und dies ist der zentrale Aspekt jeglicher Art von Prävention – kann einer solchen Politik kaum attestiert werden.

Grobe Fouls

Über Inhalte lässt sich bekanntlich immer streiten. So kann man auch über die in den Aktionsprogrammen vorgeschlagenen Massnahmen geteilter Meinung sein. Kein Spielraum für Diskussion bleibt allerdings, wenn es um die Einhaltung der demokratischen Spielregeln geht.

Hierbei strapaziert das BAG ab und an die Geduld der politischen Akteure beträchtlich. Vorab ist zu erinnern, dass das BAG nicht eine politische Gruppierung im Gesundheitswesen ist, welche ihre Positionen einseitig vertreten kann. Es handelt sich um einen Teil der Eidgenössischen Verwaltung, und als solche muss sie die Gleichbehandlung der im politischen Prozess involvierten Gruppen gewährleisten. In diesem Lichte sind die Natur und die Auswirkungen der «Nationalen Aktionsprogramme» kritisch zu würdigen. Diese Strategiepapiere, welche vom BAG verfasst werden, haben zwar nicht die rechtliche Verbindlichkeit von Gesetzen und Verordnungen, doch dienen sie den Kantonen als Leitlinien bei der Gesetzgebung. So kann das BAG seine Ideen im Gesundheitsbereich, bei welchem die Gesetzgebungskompetenz bei den Kantonen liegt, weitgehend ausserhalb der demokratischen Prozesse einfliessen lassen. Problematisch wird dieses Vorgehen dann, wenn wie beim Aktionsprogramm «Tabak» die Übernahme von ganzen Teilbereichen ausländischer Rechtsordnungen als strategisches Ziel festgelegt wird. Vorschläge von solcher staatspolitischer Tragweite gehören nicht in ein Präventionsprogramm, das von einem Departement in Eigenregie verfasst wurde.

Daneben sorgen aber auch einige andere Vorkommnisse für Misstöne. Unter den Zielen im Aktionsprogramm «Alkohol» liest man beim Oberziel G: «Die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Bereich Alkohol koordinieren ihre Tätigkeiten und sorgen gemeinsam für die erfolgreiche Umsetzung des Nationalen Programms Alkohol», und weiter beim Ziel G2: «Unter den Akteuren im Bereich Alkohol findet ein reger Wissens- und Erfahrungsaustausch statt.» Wie

diese Ziele verfolgt werden sollen, bleibt allerdings schleierhaft. Ein Einbezug der Wirtschaft hat nämlich bis heute nicht stattgefunden. Wirtschaftsverbände, Hersteller von alkoholischen Getränken und die Gastrobranche kritisierten in ihren Stellungnahmen zu Recht, dass sie mit dem Aktionsprogramm vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und nie offiziell konsultiert worden seien. Ein Umstand, der das Oberziel G als Etikettenschwindel erscheinen lässt.

Ob mit «Zusammenarbeit» auch Mitsprache oder doch nur zustimmendes Nicken gemeint ist, fragt man sich auch, wenn für einige Adressaten von Anhörungen kürzere Antwortfristen als für andere gelten. Hier kann man zweifellos von einem groben Foul sprechen.

Fazit

Viel Lärm erzeugt noch keine Wirkung im Ziel. Das BAG muss sich vermehrt seiner Rolle als Teil der Verwaltung bewusst werden und die demokratischen Spielregeln einhalten. Nur so kann eine glaubwürdige Präventionspolitik zum Wohle der Bevölkerung betrieben werden. Schwarz-Weiss-Denken und Extrempositionen untergraben die Akzeptanz von vorgeschlagenen Massnahmen und somit auch diejenige der Gesundheitspolitik an sich. Zeichen einer entwickelten demokratischen Kultur ist es, sich mit den Argumenten der Andersdenkenden auseinanderzusetzen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwerfen. Alles andere hat in einem liberalen System, wie wir es in der Schweiz haben, keinen Platz.

Termin der Generalversammlung der AIHK 2009

Wir laden unsere Mitgliedfirmen ein, folgenden Termin zu reservieren:

Datum: Donnerstag, 28. Mai 2009

Zeit: 16.00 Uhr

Besten Dank.